

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 14.12.2017 , Seite 4

Neuer Wirbel um Abschiebungen

Plöns Landrätin Stephanie Ladwig wehrt sich gegen Vorwürfe des Flüchtlingsrats und warnt vor Stimmungsmache

Margret Kiosz

KIEL Die Landräte im Norden sind derzeit nicht zu beneiden. Sie geraten zunehmend zwischen die Fronten, wenn es um die Abschiebung von Flüchtlingen geht. Da ist einerseits der ausdrückliche Auftrag der Politik, ausländische Bürger ohne Asyl- oder Flüchtlingsstatus in die Heimatländer zurückzuschicken und „Dublin-Fälle“ in das EU-Land zu überstellen, in dem der Grenzübertritt erfolgte. Das Ausländerrecht, dass die Landräte als Vollzugsbehörde umsetzen müssen, lässt ihnen hierbei kaum Ermessensspielraum.

Auf der anderen Seite haben die Kreis-Chefs es mit aufgebrachten Bürgern zu tun, die kein Verständnis haben, das ausgerechnet ihre – mitunter gut integrierte – Flüchtlingsfamilie nach Ausschöpfung des Rechtsweges abgeschoben werden soll. Zuletzt eskalierte ein Fall in Großbarkau, als eine tschetschenische Familie mit krankem Kind nach Polen überstellt werden sollte. Öl ins Feuer goss dabei der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, der dem Kreis Plön unterstellt, mit einem „Großaufgebot an Polizei“, (vier Beamte plus vier in Reserve) in Begleitung einer „sogenannten Ärztin“ angerückt zu sein. Die betroffene Mutter sei vor den Augen der Kinder zu Boden gezwungen worden. Der Kreis Plön sei „einmal mehr durch ein Übermaß restriktiven und unverhältnismäßigen Verwaltungshandelns“ aufgefallen.

Landrätin Stephanie Ladwig wehrt sich: „Hier werden künstlich Feindbilder gegen Behörden aufgebaut“. Selbstverständlich sehe sie auch „viele schwere menschliche Schicksale“. Sie könne nachvollziehen, „dass die rechtliche Realität nicht immer

mit dem eigenen Menschenbild zusammenpasst und man sich in einigen Fällen andere Ergebnisse wünscht“. Trotzdem sei der Kreis verpflichtet, auf Grundlage rechtskräftiger Entscheidungen Rückführungen zu vollziehen. Zudem weist sie darauf hin, dass sich drei Familienangehörige mit Gewalt der Abschiebung entzogen haben. Dabei wurde eine Polizistin verletzt, was den „Großeinsatz“ wohl rechtfertige.

Unumstritten ist der mit Steuergeld finanzierte Flüchtlingsrat schon lange nicht mehr. Auf seiner Homepage rät er Flüchtlingen, sich einen „guten Doktor zu besorgen“ – was immer den auszeichnen mag. Dass im Fall Großbarkau die Amtsärztin nur als „sogenannte Ärztin“ titulierte wurde, lässt zumindest den Schluss zu, dass Mediziner, die von Amts wegen geltendes Recht umsetzen, keine richtigen Ärzte sind – und gute schon mal gar nicht? Unsere Zeitung hat bei Martin Link vom Flüchtlingsrat nachgefragt: Man habe von einer sogenannten Ärztin gesprochen, „weil sie auf Grund ihres Verhaltens gegenüber der hilfebedürftigen Mutter nicht zweifelsfrei erkennen ließ, ob sie dem hippokratischen Eid verpflichtet ist“, antwortet Link. Schleswig-Holsteins Innenstaatssekretär Torsten Geerdts kommt aber nach Prüfung des Sachverhaltes zu dem Schluss, die Ausländerbehörde habe „nach Recht und Gesetz gehandelt“. Er habe großes Vertrauen in die Arbeit der Landrätin – „und in unseren Rechtsstaat“.

Probleme mit den Flüchtlingsräten gibt es nicht nur in Schleswig-Holstein. Der Grund: Sie lassen keinen Versuch aus, Asylverfahren zu verlangsamen, um rechts-

kräftige Abschiebungen oder Ausreisepflichten zu verhindern. Detailliert werden auch auf verlinkten Internetseiten entsprechende Tricks verbreitet. Es wird zu Alarmierungsketten geraten, um sich einer drohenden „Deportation“ rechtzeitig zu entziehen. Und selbst aus dem Abschiebeflugzeug gebe es noch einen Weg zurück. Ratschläge, die sich am Rande der Legalität befinden und das Ziel haben, dass niemand, der Deutschland erreicht, jemals wieder gehen muss.

„Zu begrüßen ist das Engagement von Flüchtlingshelfern, wenn sie sich innerhalb der rechtlichen Möglichkeiten für die Menschen einsetzen“, ist Ladwig überzeugt und warnt vor Stimmungsmache. Auch Rendsburgs Landrat Rolf-Oliver Schwemer appelliert an den Flüchtlingsrat, sich zu mäßigen: „Wir müssen alle verhindern, dass wir durch übertriebene Forderungen die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Belange anerkannter Flüchtlinge und Asylbewerber aufs Spiel setzen“. Betroffen zeigte sich gestern der Personalrat des Kreises Plön. Die Verwaltung sei nur ausführendes Organ und habe nach Recht und Gesetz sowie gängiger Rechtsprechung zu handeln. Er wünsche sich, dass die betroffenen Kollegen „keine Vorwürfe mehr erleiden müssen, die für sie eine zusätzliche emotionale Belastung darstellen, als die Tätigkeit ohnehin schon mit sich bringt“.

„Hier werden künstlich Feindbilder gegen Behörden aufgebaut.“

Stephanie Ladwig
Plöner Landrätin